

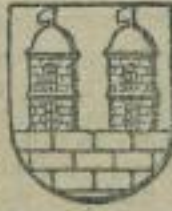
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruck des Inhalts mit Ausnahme der Inserate und Festpreise nachfolgend 2 Bfr für den folgenden Tag. Druckpreis des Einzelhefts monatlich 4 Mk., durch unsere Anstalt zugutragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie alle Anzeigen und Geschäftsbriefe nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Druck-, Druck- oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Druckpreises.



Interimspreis 2 Mk. für die halbjährliche Korrespondenz oder deren Name, Lokale 90 Pf., Restsumme 2.80 Mk. Die Wiederholung und Fortsetzung einzelner Preisnachlässe, Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden die Zustellung Korrespondenz 3 Mk., Nachrichten-Beleg 50 Pf., Anzeigenannahme bis Sonntag 10 Uhr. Für die Abdruckung durch Fernsprecher übermässigen Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigendruck enthält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Abnehmer in Kasse zahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt, Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 35.

Freitag den 11. Februar 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Maul- und Klauenseuche.

Nachdem in Kaufbach b. W. und Grundbach die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, werden beide Gemeinden nunmehr von der Sperre und Beobachtung befreit. Reg. V. Meissen, den 10. Februar 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Als Vertreter der Reichsregierung geben zur Londoner Konferenz Reichsminister Dr. Simons und Reichsfinanzminister Dr. Wirth, begleitet von zahlreichen Sachverständigen.
- * Der Reichsernährungsminister erklärt die Nachricht vom einem Abbau der Zwangsbevorratung der Milch für irrig.
- * Der deutsche Städtetag wird Ende Mai in Stuttgart zusammenzutreten.
- * Der Reichseisenbahnrat wird am 15. d. M. zusammentreten, um zu der Frage der Tarifserhöhung, insbesondere zu dem Ausmaß der Erhöhung, Stellung zu nehmen.
- * Das Reichsarbeitsministerium hat beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 12 Mark täglich zu erhöhen, und zwar mit Rückwirkung vom 1. November v. J. ab.
- * In Rom ist ein Dekret über die Freigabe deutschen Eigentums in Italien veröffentlicht worden.

Nord und Süd.

Neben dem großen Ringen um die endgültige Lösung der Entschädigungsfrage, vor das Deutschland durch die Pariser Beschlüsse gestellt worden ist, läuft in Deutschland selbst ein kleinerer Ringkampf einher, in dem indessen auch schon hier und da Töne angeschlagen werden wie zwischen zwei Gegnern, die sich auf Tod und Leben gegenübersehen. Dabei sind es deutsche Brüder, die von der gleichen Verachtung bedroht sind, die schon vielen ähnlichen Gefahren in gleichem Schritt und Tritt die Stirn geboten haben. Auf der Völkervereinigungskonferenz in Berlin hat Bayern mit seiner Auffassung, daß wie die Entschädigungs- auch die Entwaffnungsforderungen der Entente in einem Zuge abzulehnen seien, weil jene wie diese weit über die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hinausgehen, allein gestanden, und in München sind nun alle Geister in Bewegung, um bei dieser Sachlage noch einmal die Möglichkeiten und die Notwendigkeit der zu fassenden Entschädigungen ernstlich zu überprüfen. Bis jetzt gewinnt man den Eindruck, daß nichts überstürzt, nichts durch Entfesselung nationaler Leidenschaftlichkeiten verborgen werden soll, wo nur ruhige Besonnenheit und klarer, einschlußkräftiger Wille zum Ziele führen können. Um so dringlicher wird man fordern dürfen, daß auch außerhalb Bayerns nicht gesagt oder getan wird, was zu einer unnötigen Verschärfung der Lage führen muß. Freilich wird im nördlichen Bayern schon zum Sturm geblasen. Die sozialistische Partei Frankens veröffentlicht einen Aufruf, in dem gesagt wird, das Interesse Nordbayerns liege nicht bei den Separatisten, womit die überwältigende Mehrheit des bayerischen Volkes mit der gegenwärtigen Koalitionsregierung an der Spitze gemeint ist — sondern in der Einheit des Deutschen Reiches. Die werksfähige Bevölkerung Nordbayerns halte eine Zerstückelungspolitik für verhängnisvoll und katastrophal. Komme die Regierung in München erst in letzter Stunde zur Besinnung, lasse sie es auf den Bruch mit dem Reich zu tun, so werde die arbeitende Bevölkerung von Nordbayern ebenso wie die Bevölkerung von Württemberg und Baden das Tischtuch mit München zerreißen und sich auf die Seite des Reiches stellen. Das ist eine Kriegs- anfrage in aller Form — gegen die Regierung des Reichspräsidenten v. Rahr, hinter der doch die übergroße Mehrheit des bayerischen Landtages steht, und die bisher nicht um Haarebreite von dessen Instruktionen abgewichen ist. Auch jetzt tut sie keinen Schritt, ohne alle irgend- wie maßgebenden Parteien und Führer der Volkspartei zu befragen, so daß an der demokratischen Korrektheit ihres Verhaltens auch nicht der leiseste Zweifel gestattet ist. Ebenso wäre es geradezu fribol, die reichstreue Gesinnung der gegenwärtigen Nachhaber in München oder gar der Landtagsmehrheit zu verdächtigen; man könnte unseren Feinden in London und Paris keinen größeren Gefallen tun, als mit solchen Vorwürfen zu arbeiten, die unsehbar dazu führen müssen, daß unsere Abwehrfront zerrissen, und damit der Entente ausgedient wird. Schon hat diese erreicht, daß bei und über die Entwaffnungsforderungen überhaupt kaum noch gesprochen wird, obwohl uns auch in dieser Beziehung Dinge zugemutet werden, die ebenso sinnlos wie brutal sind, und zu denen wir uns unter gar keinen Umständen hergeben dürften, solange wir noch eine Spur von Selbstgefühl besitzen. Die Bayern kommen aber diesen Punkt nicht so leicht hinweg, wie man das anderwärts fertig bringt, und wir wissen ja alle, daß sie Grund genug dazu haben, sich nicht auf die friedfertige Gesinnung unserer oder anderer Feinde ihres Staatswesens zu verlassen. Den eigentlichen Grund ihres Widerstandes gegen jede Möglichkeit eines Selbstzuges in reaktionären, in konterrevolutionären Absichten zu suchen, ist sehr bequem und erleichtert Franzosen wie Engländern ihr Spiel ungemein, aber man überhört dabei nur das eine, daß in

Bayern genau dieselben Parteien am Ruder sitzen wie in Berlin und daß es doch also gar keinen Sinn hat, Gespinnster zu züchten, die, sobald man ihnen ernsthaft zu Leibe geht, in nichts zerrinnen. Der deutsche Volksgemeinschaft wird jedenfalls mit solchen Kampfmethoden ein schlechter Dienst erwiesen. Wir schützen das Misstrauen unter den deutschen Stämmen und stumpfen so den Widerstandsgedanken ab, der sich mit ungeteilter Kraft gegen die Pariser Beschlüsse wenden müßte. Auf diese Weise liefern wir uns selber dem Feind aus. Noch ist in München die Entscheidung nicht gefallen. So lange wenigstens sollten alle berechtigten Empfindungen unserer bayerischen Volksgenossen im Norden mit liebevoller Rücksicht geschont werden.

Nach London!

Wortlaut der deutschen Note.

Die deutsche Reichsregierung hat die Einladung zur bevorstehenden Konferenz in London beunruhigt angenommen. Die entsprechende von Dr. Simons gezeichnete Note lautet wörtlich:

„Die deutsche Regierung nimmt unter Hinweis auf die Unterhaltung, die zwischen Seiner Erzellenz dem französischen Botschafter und dem Reichsminister des Äußeren stattgefunden hat, die Einladung, die Seine Erzellenz mir befehligt hat, an, und wird am 1. März bevollmächtigte Vertreter nach London schicken. Sie setzt dabei voraus, daß bei den Verhandlungen auch die Vorschläge besprochen werden, deren Unterbreitung auf der Konferenz die deutsche Regierung sich vorbehält.“

Neuer meldet dazu, in englischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher, als ursprünglich erwartet worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons sich in seiner Haltung von bedachtsamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

Sachverständigen-Beratung in Berlin.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons wird sofort eine große Zahl von Sachverständigen zur Beratung über die Entente-noten, vornehmlich über die Wiedergutmachungsnot, zusammen- treten. In ihr werden nicht nur Sachverständige aus den beteiligten Ministerien, sondern auch hervorragende Persönlichkeiten aus allen Gebieten der Privatwirtschaft teil- nehmen. Es ist wahrscheinlich, daß aus den Kreisen der Sachverständigen selbst Vorschläge zur Wiedergutmachungs- frage gemacht werden, doch kann und wird die letzte Ent- scheidung nur von der Regierung getroffen werden.

Lieber Einmarsch als unterschreiben.

In einer Unterredung mit einem Berliner Berichter- statter der „Daily News“ erklärte Prinz Max von Baden, die Staatsmänner der Alliierten wüßten wohl, daß die in Paris aufgestellten Forderungen unerfüllbar seien. Unmöglichkeit Bedingungen würden Deutschland aufer- legt, damit die angedrohten Sanktionen zur Durchfüh- rung gebracht werden könnten. Diese Sanktionen sollten das Ziel der Franzosen, den Zerfall Deutschlands, bewir- ken. Durch die Ausführung der Sanktionen solle der Ruin Deutschlands vollendet werden. Prinz Max sagte: Die Regierung Feindes und Simons wird nicht unter- schreiben. Wir sind eher bereit, uns in die Katastrophe, die der Einmarsch französischer Truppen und die Besetzung des Ruhrgebietes nach sich ziehen wird, zu schiden, als mit eigener Hand unseren Kindern und Enkeln die Ketten an- zulegen, die uns jetzt fesseln.

Verletzung des Friedensvertrages.

Französisierung des Saargebietes.

Wie von zuständiger Stelle in Berlin erklärt wird, hat die Regierungskommission des Saargebietes vor einiger Zeit den Beitritt des Saargebietes zu den drei großen internationalen Verkehrsvereinen, dem Weltpost- verein, dem Welttelegraphenverein und der durch das Ab- kommen über den internationalen Eisenbahnverkehr gebildeten Union beantragt. Diese Anträge widersprechen dem Friedensvertrag, weil nur Staaten Mitglieder der internationalen Verkehrsvereine sein können, das Saargebiet aber kein selbständiger Staat, sondern ein für beschränkte Zeit der Regierung des Völkerbundes unter- stelter Teil Deutschlands ist. Als Teil Deutschlands hat das Saargebiet auch nicht aufgehört, zu dem Geltungs- bereich der internationalen Verkehrsabkommen zu gehören. Sein Beitritt zu den Verkehrsvereinen ist also weder praktisch erforderlich noch rechtlich zulässig. Er würde die

Grundlagen der im Versailler Vertrag niedergelegten Rechtsordnung für das Saargebiet erschüttern und die Rechte Deutschlands beeinträchtigen.

Aus diesen Gründen hat die Reichsregierung in meh- reren Notizen bei den zuständigen Stellen gegen den Bei- tritt des Saargebietes zu den internationalen Verkehrs- vereinen Einspruch erhoben und erklärt, daß sie ihn nicht anerkennt.

Ostpreußens schwierige Lage.

Furchtbare einem Russeneinfall.

Reichswehrminister Dr. Geßler sprach in Tilsit über „Das nationale und innerpolitische Ideal unseres Wieder- aufbaues“. Er sagte u. a.: „Es ist für mich keine Frage, daß die überaus schwierige Lage Ostpreußens vor allem auch für den Reichswehrminister eine ganz besondere Sorge ist. Alle meine Bemühungen sind darauf gerichtet, unter allen Umständen Ostpreußens Verbindung mit der großen deutschen Einheit zu erhalten. Ostpreußen muß vor allem das Schicksal eines neuen Einfalls erpart bleiben. Möge der Einfall kommen, woher er mag, ich bin überzeugt, das deutsche Volk wird eins sein mit Ostpreußens Willen und alles tun, um ihre schöne Heimat sicherzustellen. Auch ich weiß wohl, was an unserer Grenze vorgeht. Wir wissen, daß Polen an der ganzen Grenze Truppen zusammenzieht und daß es die größere und nicht schlechtere Hälfte seiner Truppen gegen die deutsche Grenze vereinigt. Wir erwarten vom Völkerbund, daß er die uns gemachten In- sagen wahrmacht, daß er uns schützt vor Einfällen. Ich sage es aber auch ganz offen, daß, wenn wider Erwarten sich dies nicht erfüllen sollte, wir unter allen Umständen alles durchsetzen würden, um den deutschen Boden in Ost- preußen mit allen Mitteln zu verteidigen. Ich hoffe, daß der Völkerrat, der uns gegenüber so rücksichtslos wie mög- lich die Entwaffnungsbestimmungen durchzuführen will, und der für militärische Bestimmungen des Friedensvertrages in Versailles das hohe Ideal dieser Entwaffnung für den Völkerrfrieden gepriesen hat, alles daran setzen wird, um nun auch uns in dieser Gefahr nicht zu entlassen. Unser Land, das bedroht ist, sehnt sich nach dem Frieden für den Wiederaufbau seiner Wirtschaft.“

Loucheurs Phantasieziffern.

Rebeduelli Briand-Kloß.

Die französische Kammer hat ihre Beratungen über die Beschlüsse der Pariser Konferenz fortgesetzt. Als erster Redner sprach Magallon, der ausführte, daß das Pariser Abkommen auf einem Irrtum beruhe. Man könne nicht ein Volk von 60 Millionen 20 Jahre oder noch länger unter Aufsicht stellen. Es sei auch eine Illusion, wenn man annehme, Deutschland werde jahrelang Milliardenzah- lungen leisten. Als einzige Sicherheit gelte die Besetzung des Ruhrgebietes und die Lösung des Rheinlands von Preußen. Nach ihm ergriff der frühere Finanzminister Klotz, der als solcher an der Friedenskonferenz teilge- nommen hat, das Wort. Er erklärte, das Pariser Ab- kommen sei nichts anderes als ein Anhang zum Versailler Vertrag, der als solcher von den beiden Kammern rati- fiziert werden müsse. Das Pariser Abkommen stelle ein Konfordat dar, das die Gläubiger diskontierten, ehe sie die Unterchrift des Schuldners in Händen hätten. Klotz bemängelte weiter, daß die vorgesehenen Zwangsmaß- nahmen den deutschen Schuldner nicht mitgeteilt worden seien. Darauf erklärte Ministerpräsident Briand, die Zwangsmaßnahmen seien ureigenste Angelegenheiten der Alliierten. Nur das, was beschlossen wurde, werde Deutsch- land mitgeteilt. Darüber sei den Deutschen eine Deme- rung erlaubt. Aber hätte man Deutschland die Zwangs- maßnahmen unterbreitet, so hätte man ihnen ja gleichzeitig Gegenüberstellungen gestattet; das aber erlauben die franzö- sischen Interessen nicht. Im Anschluß an diese Äußerungen entspann sich ein heftiges Rebeduell zwischen dem Ab- geordneten Klotz und Briand, in dessen Verlauf Briand die Vertrauensfrage stellte. Klotz antwortete, es handle sich hier nicht um eine einfache Vertrauensfrage. Es sei nicht möglich, daß die Kammer die neuen Steuervorschläge prüfe, bevor nicht das deutsche Budget in einer der Rebo- rationsfragen entsprechenden Weise umgestaltet sei. Wäh- rend der französische Steuerzahler 30 Prozent zahlt, habe der deutsche nur 15 Prozent zu entrichten. Die Kammer müsse über die Mobilisierung der französischen Forderun- gen Klarheit verlangen. Loucheur, der an den Fried- ensverhandlungen aktiv und an der Pariser Konferenz beratend teilgenommen hat, verteidigte das Pariser Ab- kommen. Er erklärte, daß die 12 1/2 %ige Lage auf die deut- sche Ausfuhr den französischen Steuerpegel entlasten werde. Im übrigen trat Loucheur für vollständige Leistung der Wiedergutmachung ein.